

N i e d e r s c h r i f t

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Kultur,- Sport- und Tourismus
am Montag, 06.11.2023, im Aufenthaltsraum Baubetriebshof, Am Plan 3 a

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:04 Uhr

Anwesende:

Ausschussmitglied

Ausschussmitglied Günter Ahrens
Ausschussmitglied Gerry Klein
Stellv. Ausschussvorsitzender Detlev Krause
Ausschussvorsitzender Rene Osbahr
Ausschussmitglied Ricarda Polzin

Beratende Mitgliedschaft vom Beirat BARRIEREFREIHEIT

Frau Hannelore Kükemück, anwesend ab 18:50 Uhr

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Franziska Schwarz

kooptierte Mitglieder

Kooptiertes Mitglied Henning Friemelt
Kooptiertes Mitglied Dr. Günter Siegert
Kooptiertes Mitglied Hans Günther von Goerne

Verwaltungsvertreterin

Verwaltungsvertreterin Claudia Bastian
Verwaltungsvertreterin Carolin Zimmer (auch Protokollführerin)

Fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Veronika Gottschalk

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der vorsitzende Ratsherr Osbahr eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird unverändert festgestellt.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der 4. Sitzung vom 01.06.2023 nach Auswertung

Die Niederschrift der 4. Sitzung vom 01.06.2023 wird unverändert angenommen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

TOP 4 Bericht der Verwaltung über wichtige Angelegenheiten

Bürgermeisterin Schwarz gibt bekannt, dass die Verleihung des Roswitha-Literaturpreises an Ulrike Edschmid kurzfristig ausfallen muss, da die Autorin erkrankt ist. Einen Nachholtermin soll es im Frühjahr 2024 geben, er wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Bürgermeisterin Schwarz berichtet ferner, dass die Reprädikatisierung der Stadt als Kurort aufgrund der Schließung des Vitalparks verschoben wird. Mit dem zuständigen Ministerium wurde besprochen, dass ein Nachholtermin in 2024 stattfinden soll.

Bürgermeisterin Schwarz berichtet im Anschluss über das Gespräch mit den Museumsfreunden. In dem Gespräch ging es unter anderem um die räumlichen Einschränkungen der monatlich stattfindenden Vorträge der Museumsfreunde, die sich aus Brandschutzauflagen ergeben. Da das sonst genutzte Biedermeier-Zimmer oder der Ratssaal aktuell nicht dafür genutzt werden können, wurde der Vorschlag, den Kaisersaal zu nutzen, seitens der Museumsfreunde abgelehnt, die Entfernung zum Rathaus wäre zu groß und er ist nicht barrierefrei erreichbar. Bürgermeisterin Schwarz konnte zwischenzeitig Kontakt mit dem Betreiber des Ratskellers aufnehmen.

men, daraus ergibt sich die neue Möglichkeit, die Vorträge künftig in der Ratsschänke anzubieten, es müsste lediglich auf einen anderen Wochentag ausgewichen werden. Die Museumsfreunde werden darüber noch in Kenntnis gesetzt.

Bürgermeisterin Schwarz informiert darüber, dass vom 14. bis 30. November die Wanderausstellung "...vergiss die Photos nicht, das ist sehr wichtig... - Die Verfolgung mitteldeutscher Sinti und Roma im Nationalsozialismus" in der Aula des Roswitha-Gymnasiums zu besuchen ist. Die Eröffnung findet am 14. November um 18 Uhr statt.

Der stellvertretend vorsitzende Ratsherr Krause bringt die Idee der SPD-Fraktion ein, dass die Museumsfreunde mit einem Pauschalbetrag von maximal 1.000 Euro unterstützt werden sollten.

Vorsitzender Ratsherr Osbahr regt an, dies während der Haushaltsberatungen zu besprechen.

Ratsherr Klein möchte wissen, ob es überhaupt einen Raum mit ausreichender Größe für die Vorträge der Museumsfreunde gibt.

Bürgermeisterin Schwarz verweist auf die Ratsschänke und merkt an, dass Details mit dem Pächter der Räumlichkeiten besprochen werden sollten.

Ratsherr Klein fragt nach der dort größtmöglichen Personenkapazität.

Vorsitzender Ratsherr Osbahr antwortet, dass sicherlich 50 Personen Platz finden sollten.

Ratsfrau Polzin fragt nach Berichten zur Stadtbücherei und zum Portal zur Geschichte.

Bürgermeisterin Schwarz verweist darauf, dass es dazu Berichte im nicht-öffentlichen Teil geben wird.

TOP 5

Haushalt 2024 ff.

Beratung und Beschluss der Ansätze des Teilhaushalts 4 (Kultur) und des Teilhaushalts 8 (Städtische Kurverwaltung) für das Haushaltsjahr 2024 einschließlich der Festsetzung des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2024 - 2027

Drucks. 435/19

Ratsherr Krause schlägt für die SPD-Fraktion vor, dass 1.000 EUR p.a. für die Museumsfreunde veranschlagt werden sollten und bittet um Auskunft, wo diese zu veranschlagen sind. Die Verwaltung erklärt, dass der Betrag unter den Transferaufwendungen bei Produktkonto Städt. Museum zu berücksichtigen wäre und merkt an, dass es sich um eine zusätzliche freiwillige Leistung für die Stadt handeln würde.

Ratsherr Klein beantragt für die Unabhängigen, dass die Museumsfreunde mit einem Betrag von 5.000 EUR unterstützt werden.

Ratsherr Ahrens merkt an, dass die CDU-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion grundsätzlich unterstützt, allerdings in einer anderen Dimension. Die CDU-Fraktion möchten eine Einmalzahlung von 9.000 EUR sowie eine jährliche Zuwendung von 2.500 Euro gewähren. Die 9.000 EUR könnten mit Haushaltsresten aus dem Jahr 2022 finanziert werden. Als Alternative könnte der Haushaltsansatz für die Zuschüsse für das Portal zu Geschichte reduziert werden, sofern seitens der

Stadtverwaltung keine anderen Alternativen vorgeschlagen werden.

Die Verwaltung geht auf den Finanzierungsvorschlag in Form der Inanspruchnahme von Haushaltsresten ein. Bei einer Inanspruchnahme von Haushaltsresten könnten nur Investitionsmaßnahmen umgesetzt werden. D.h. es wären Maßnahmen oder ggf. Sachgesamtheiten von mind. 1.000 EUR (netto) erforderlich. Ansonsten handelt es sich um laufenden Aufwand, welcher im Erfolgsplan auszuweisen ist.

Seitens der Ausschussmitglieder folgt ein Austausch über die Haushaltsmittelbereitstellung im Erfolgsplan bzw. Finanzplan sowie die Abgrenzung zu Investitionen sowie die Berücksichtigung bei den freiwilligen Leistungen. Ratsherr Klein fasst zusammen, dass sich die Fraktionen grundsätzlich einig seien, es müsse lediglich die konkrete Zuschusssumme geklärt werden.

Ratsherr Ahrens fragt, ob dies nicht über eine Spendenbox im Eingangsbereich des Museums geregelt werden könne.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Museumsfreunde keine Spendenquittungen für das Finanzamt ausstellen können, da es sich um keinen gemeinnützigen eingetragenen Verein.

Ratsherr Osbahr fragt, ob es einen Bedarfsplan der Museumsfreunde gäbe, in dem konkretisiert wird, wofür das Geld genutzt werden solle.

Die Verwaltung teilt mit, dass von Seiten der Stadt bereits die Kosten für Strom, Heizung und Versicherungen übernommen werden. Bürgermeisterin Schwarz ergänzt, dass in der Vergangenheit immer Gespräche mit den Museumsfreunden stattfanden und aus diesen beispielsweise die neuen Toiletten genehmigt wurden, deren Reinigung auch seitens der Stadt übernommen wird. Über alle Einnahmen der Museumsfreunde, zum Beispiel die Spenden während der Vorträge oder durch die Spendentruhe beim Eingangsbereich, kann frei verfügt werden. Sofern für Investitionen (über 1.000 Euro netto) Gelder in Höhe von insgesamt 15.000 Euro zur Verfügung gestellt werden, müssten diese Mittel spätestens innerhalb von drei Jahren abgerufen werden. Die Gegenfinanzierung könne über Haushaltsreste im investiven Bereich erfolgen. Ratsherr Ahrens möchte den Antrag auf die 15.000 Euro für 3 Jahre geändert haben. Hierfür soll innerhalb der Verwaltung eine Vorlage erstellt werden.

Im Ausschuss für Kultur-, Sport- und Tourismus wurde im Rahmen der Haushaltsplanberatungen am 06.11.2023 nach umfangreicher Diskussion nachfolgender Antrag von Ratsherrn Ahrens gestellt:

„Für das Museum der Stadt Bad Gandersheim sind einmalig 15.000 EUR (brutto) für Vermögensgegenstände über 1.000 EUR (netto) außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung der Maßnahmen, wie z.B. Vitrinen, Beleuchtung, Videoüberwachung etc., erfolgen durch die Museumsfreunde. Mit den Museumsfreunden ist eine entsprechende Vereinbarung zu schließen. Der Mittelabruf durch die Museumsfreunde erfolgt durch Vorlage der entsprechenden Rechnungen.“

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Ratsherr Krause fragt, wie es um die Zukunft der Stadtbücherei steht, da der Vitalpark geschlossen wurde. Er möchte wissen, ob die Heizung mittlerweile ausgestellt wurde.

Frau Schwarz merkt an, dass dies später erläutert wird.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Haushaltsansatz für das Kulturzentrum Brunshausen mit einem höheren Ansatz gegenüber den Vorjahren versehen ist, da dringend notwendigen Baumaßnahmen auszuführen sind. Entsprechende Ausführungen sind im Vorbericht auf Seite 11 des Haushaltsplanentwurfs aufgenommen.

Ratsherr Krause fragt, ob die angesetzten 50.000 Euro für Brunshausen reichen würden. Bürgermeisterin Schwarz erläutert, dass es sich bei dem Ansatz um den Anteil handle, der bisher seitens der Stadt in die zum Jahresende aufzulösende praeteritum gGmbH gezahlt wurde. Es sei in Klärung, ob diese Mittel im Anschluss für das Portal zur Geschichte eingebracht werden können, auch wenn dies nur in einem auf ein Minimum reduzierten Betrieb hinauslaufen würde.

Ratsherr Krause schlussfolgert, dass die 50.000 Euro demnach eher zu wenig wären. Bürgermeisterin Schwarz merkt an, dass der Betrag knapp reichen könne, aber mit größeren Einschränkungen des Betriebs verbunden wäre.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Krause, ob das Portal zur Geschichte eine Leitung benötige, merkt Bürgermeisterin Schwarz an, dass eine Leitung gerade in Bezug auf die historische und wissenschaftliche Aufsicht vor Ort erforderlich ist.

Ratsfrau Polzin fragt, wie viele Stunden auf dieser Stelle liegen sollen.

Bürgermeisterin Schwarz erklärt, dass die 50.000 Euro für die wissenschaftliche Leitung in Teilzeit und die übrigen Hilfskräfte reichen müssten, die Gelder aber selbst dafür schon sehr knapp wären.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Teilhaushalt für die Durchführung und Förderung von Veranstaltungen auf 0 Euro reduziert wurde, da diese Aufgaben künftig in der KTGS bearbeitet werden.

Die Verwaltung erklärt, dass der Teilhaushalt für den Erhalt der Kureinrichtungen ab 2024 wieder erhöht werde, da dieser Bereich seit 2022 von der Landesgartenschau übernommen wurde und nach deren Beendigung die Betreuung wieder in die städtische Verantwortung, insbesondere die Pflege der Kuranlagen zurückfällt.

Herr Dr. Siegert erkundigt sich nach der Anzahl der diesjährigen Kurgäste.

Bürgermeisterin Schwarz antwortet, dass die Zahlen erst zum Ende des Jahres nachgereicht werden können.

Die Verwaltung ergänzt, dass aktuell davon ausgegangen werde, dass die vorgesehenen Zahlen, und die damit verbundenen Einnahmen für den Gästebeitrag, erreicht werden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Zahlen für den Teilhaushalt der Badeanstalt durch die Verwaltung aufgestellt wurden, es allerdings keine Erfahrungswerte gebe. Derzeit werden noch zusätzliche Aufwendungen für eine Toilettenanlage sowie Personalkosten einer Betriebsleitung des Freibades ermittelt, welche noch zu berücksichtigen sind.

Rats Herr Osbahr fasst zusammen, dass es sich demnach im vorliegenden Entwurf um die reinen Betriebskosten handle, die sich dann nochmals durch das zuvor von der Verwaltung Genannte erhöhen. Die Verwaltung merkt an, dass die Verwaltung eine Beschlussvorlage für Eintrittsgelder vorbereiten wird. Sie weist zusätzlich darauf hin, dass auf Seite 259 des Haushaltsentwurfes dem Punkt 16 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ zahlungsunwirksame Beträge zu berücksichtigen sind.

Unabhängig davon teilt die Verwaltung mit, dass ein vollautomatisches Einlasssystem geplant sei.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Osbahr, ob zusätzliche Eintrittsgelder durch Veranstaltungen generiert werden sollen, führt die Verwaltung aus, dass dies eine Frage für die KTGS sein könne. Bürgermeisterin Schwarz ergänzt, dass für die Badeanstalt Aspekte zur Barrierefreiheit berücksichtigt werden.

Die Verwaltung gibt den Hinweis, dass die KTGS nicht unter den Teilhaushalten 4 oder 8, sondern unter 5 auftaucht und dort mit 358.000 Euro berücksichtigt wird.

1. „Die Haushaltssatzung für den Ergebnis- und Finanzhaushalt der Stadt Bad Gandersheim für das Haushaltsjahr 2024 wird
 - im Teilhaushalt 4 (Kultur) und
 - im Teilhaushalt 8 (Städtische Kurverwaltung)(mit den vorgenommenen Änderungen) beschlossen.
2. Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2024 - 2027 wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf (mit den vorgenommenen Änderungen) festgesetzt.“

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

TOP 6 Anfragen und Anregungen

Ratsherr Klein fragt wie hoch die Kosten bei der Einführung der Ehrenamtskarte liegen und bis wann diese erfolgen könne.

Ratsherr Osbahr gibt vorübergehend den Vorsitz an seinen Stellvertreter Ratsherr Krause ab und erläutert im Anschluss, dass er sich mit der Etablierung der Ehrenamtskarte auseinandergesetzt hat. Der Aufwand zur Erfüllung sämtlicher Vorgaben wäre sehr hoch. Innerhalb des Landkreises Northeim nutzen nur drei Kommunen die Ehrenamtskarte, der Landkreis selber aber nicht. Die Stadt müsse Kooperationen für die jeweiligen Vergünstigungen eingehen. Es müsse zusätzlich geklärt werden, für wie viele die Personen die Ehrenamtskarte relevant wäre. Laut seiner Recherche wolle die Feuerwehr die Karte nicht und auch der Vorstand der SVG Grün-Weiß wäre gegen die Einführung.

Ratsherr Ahrens bestätigt das Genannte und erläutert, dass beispielsweise die Feuerwehr die Einführung aufgrund des Aufwands ablehnen würde.

Bürgermeisterin Schwarz merkt an, dass für die Ehrenamtskarte geprüft werden müsse, wer alles für deren Besitz berechtigt wäre. So hätten auch sämtliche Ratsmitglieder einen Anspruch darauf. Es wäre fraglich, welchen Mehrwert die Karte letztendlich bieten würde - ein zum Beispiel kostenloser Eintritt ins ehrenamtlich geführte Gandeon wäre widersprüchlich zum eigentlichen Nutzen der Karte und stehe in keinem Verhältnis.

Ratsherr Osbahr erklärt, dass die Ehrenamtskarte wegen der nötigen Kriterien das falsche Mittel wäre und sich eher andere Gedanken darüber gemacht werden sollten, wie man das Ehrenamt stärken könne und ob nicht etwas Eigenes aufgestellt werden könne.

Ratsfrau Polzin merkt an, dass Ehrenamtliche wahrscheinlich glücklicher wären, wenn die Stadt gezielter Vereine unterstützen würde und hinterfragt, ob ein wirtschaftlicher Mehrwert wirklich gewollt ist.

Ratsherr Ahrens wirft ein, dass es problematisch werden könnte, wenn das Ehrenamt zukünftig weiter wegbrechen würde, da Zahlungen an sie unter die freiwilligen Leistungen fallen würden.

Frau Kükemück bekräftigt den Vorschlag, dass Ehrenamtliche direkt Gelder zur Verfügung gestellt bekommen und man freiwillige Leistungen in diesem Zusammenhang nicht einstellen sollte.

Die Verwaltung weist auf den geltenden Zukunftsvertrag hin und erklärt, dass der Haushaltsanteil an freiwilligen Leistungen mittlerweile bei 11,7% liegt. In der Vergangenheit lag der Anteil bei 4%.

Bürgermeisterin Schwarz wirft ein, dass erst der Haushalt genehmigt werden muss.

Ratsherr Osbahr schlägt eine fraktionsübergreifende Sitzung als eine Art Ideenschmiede vor, in der die Möglichkeiten diskutiert werden, wie Einnahmen für das Ehrenamt generiert werden sollen.

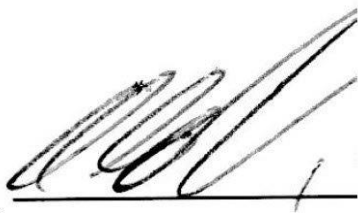
Ratsherr Osbahr übernimmt wieder den Vorsitz.

TOP 7 **Sonstiges**

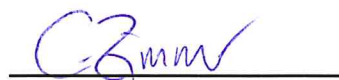
Liegt nicht vor.

TOP 8 **Schließen der Sitzung**

Herr Osbahr schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:04 Uhr.



()
Vorsitzende/r



()
Protokollführer/in